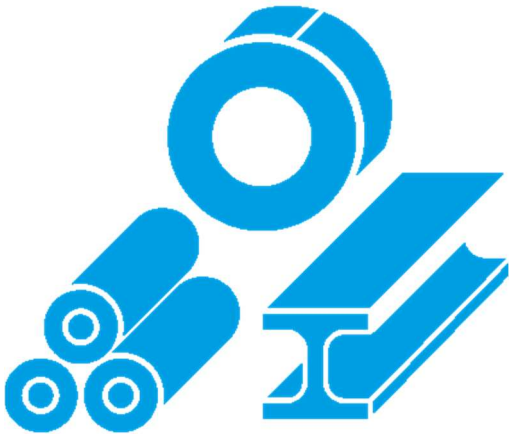
WIRTSCHAFTS VEREINIGUNG Stahl

Positionspapier | September 2026

Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ein starkes Europa

Positionierung der Wirtschaftsvereinigung Stahl zum Umgang mit extremistischen Parteien



Einordnung

In den vergangenen Jahren ist der Umgangston in Deutschland beständig rauer und respektloser, sind inhaltliche Positionen und Forderungen zunehmend radikaler geworden. Es wird zunehmend salonfähig, extreme Standpunkte zu tolerieren oder selbst zu vertreten. Das gilt nicht nur für den politischen Raum, sondern auch für den gesellschaftlichen Diskurs, in dem sich Stimmen mehren, die unserer Demokratie nicht nur kritisch, sondern ablehnend und feindlich gegenüberstehen. Hinzu kommen Desinformation, Verschwörungserzählungen und gezielte Angriffe auf demokratische Institutionen, die das Vertrauen in unsere demokratische Ordnung zunehmend belasten.

Extremistische Parteien und politische Gruppierungen gewinnen auf verschiedenen politischen Ebenen an Einfluss und stellen die freiheitlich-demokratische Grundordnung sowie demokratische Institutionen zunehmend infrage.

Diese Entwicklung stellt auch Wirtschaftsverbände und Unternehmen vor die Aufgabe, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und einen klaren Umgang mit extremistischen Parteien und ihren Vertreterinnen und Vertretern zu definieren. Die Abgrenzung wird dabei zusätzlich erschwert, weil extremistische Parteien teilweise Positionen demokratischer Parteien, von Verbänden oder Organisationen aufgreifen und für ihre Zwecke instrumentalisieren. Umso wichtiger ist eine klare Orientierung an den Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die vorliegende Positionierung verdeutlicht zum einen die Werte und Überzeugungen der Wirtschaftsvereinigung Stahl und ihrer Mitgliedsunternehmen. Zum anderen dient sie der Wirtschaftsvereinigung Stahl sowie ihren Mitgliedern als Orientierung für den Umgang mit extremistischen Parteien und ihren Organisationseinheiten. Grundlage bilden dabei die Einschätzungen der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Gegenüber Parteien, Organisationseinheiten und Einzelpersonen, bei denen nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen, orientieren wir uns an diesen Einschätzungen und schließen eine Zusammenarbeit aus. Dasselbe gilt für verbotene Parteien und Organisationen.

Wofür die Wirtschaftsvereinigung Stahl steht

Als Wirtschaftsvereinigung Stahl stehen wir für eine demokratische, gleichberechtigte und weltoffene Gesellschaft. Wir bekennen uns zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einem starken, geeinten Europa – denn diese Grundordnung bildet die Basis unseres Zusammenlebens, unseres Wohlstands, unserer Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Innovationskraft. Sie ist zugleich Grundlage für unsere Sicherheit und eine starke, geeinte und prosperierende Zukunft. Wir stellen uns jenen klar entgegen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland und Europa missachten, gefährden oder gänzlich ablehnen.

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind entscheidende Standortfaktoren. Sie schaffen Investitionssicherheit, ermöglichen technologische Fortschritte und bilden die Grundlage für Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und nachhaltige industrielle Wertschöpfung.

Diese Grundwerte sind auch deshalb wesentlich, weil Deutschland und Europa vor enormen industriepolitischen Herausforderungen stehen. Geopolitische Spannungen, globale Überkapazitäten und unfaire Wettbewerbsbedingungen außerhalb Europas verlangen nach einer starken europäischen Zusammenarbeit. Die Umsetzung wirtschafts- und europapolitischer Positionen extremistischer Parteien würde Deutschland isolieren, damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Industriestandorts erheblich schwächen und die Zukunft der Stahlindustrie in Deutschland gefährden.

Gerade die Stahlindustrie ist wie kaum eine andere Branche mit der europäischen Idee verbunden. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, war der Ausgangspunkt für die europäische Integration und die Entwicklung des Binnenmarktes, wie wir ihn heute kennen und beständig weiterentwickeln. Als Stahlindustrie sind wir besonders eng in die europäischen Wertschöpfungsnetzwerke eingebunden und von ihnen abhängig: Zwei Drittel unserer Produkte exportieren wir in unsere EU-Nachbarländer.

In Zeiten geopolitischer Unsicherheit zeigt sich, dass wirtschaftliche Stärke, Versorgungssicherheit, industrielle Resilienz und strategische Unabhängigkeit nur gemeinsam in Europa erreicht werden können. Ein funktionierender Binnenmarkt, gemeinsame handelspolitische Instrumente und verlässliche europäische Rahmenbedingungen sind für die Stahlindustrie unverzichtbar.

Hinzu kommt, dass die Stahlindustrie wie kaum eine andere Branche in Deutschland ein weltoffenes Gesellschafts- und Wirtschaftsbild verkörpert. An all unseren Standorten, an jedem Elektrolichtbogen und an jedem Hochofen, in jedem Walzwerk, in jeder Forschungsabteilung und in jeder Verwaltung arbeiten Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und mit den unterschiedlichsten Lebensgeschichten. In der Zeit des Wirtschaftswunders haben viele Menschen ihre Heimat verlassen, um Arbeit auch in unseren Mitgliedsunternehmen in Deutschland zu finden. Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, Deutschland zu einer starken Volkswirtschaft zu entwickeln. Viele Menschen kamen im Rahmen der sogenannten „Gastarbeiteranwerbung“ nach Deutschland – und sind zum festen Teil unserer Gesellschaft geworden. Viele ihrer Kinder, Enkelinnen und Enkel in der zweiten oder dritten Generation arbeiten noch immer in der Stahlbranche oder den weiterverarbeitenden Industrien.

Unsere Mitglieder sind international agierende Unternehmen, die global vernetzt sind und von den multikulturellen Perspektiven ihrer weltweiten Partner und Mitarbeitenden profitieren. Ihre Lieferketten und Absatzmärkte sind international ausgerichtet. Damit hängt auch ihr wirtschaftlicher Erfolg von der Reputation unseres Landes und dem Vertrauen in seine demokratischen Strukturen ab. Nur mit Offenheit, Rechtsstaatlichkeit, internationaler Zusammenarbeit und gesellschaftlicher Vielfalt bleiben Zukunftstechnologien, industrielle Innovationen und der Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa langfristig erfolgreich.

Darum sagen wir als Wirtschaftsvereinigung Stahl im Namen der gesamten Stahlbranche: Klare Kante gegen Rassismus und Diskriminierung! Klare Kante gegen jede Form von Extremismus!

Wie die Wirtschaftsvereinigung Stahl mit extremistischen Parteien umgeht

Wir verstehen uns als Gesprächspartnerin aller demokratischen Parteien. Es ist unsere Prämisse, in unserer täglichen politischen Arbeit ausschließlich mit Parteien zu kooperieren, die den Grundsätzen der Demokratie verpflichtet sind. Das bedeutet für uns zuvorderst, dass diese Parteien:

- keine menschenfeindlichen, rassistischen und verfassungsfeindlichen Inhalte vertreten,
- keine demokratischen Institutionen oder rechtsstaatlichen Prinzipien systematisch delegitimieren,
- keine Falsch- oder Desinformationen zur politischen Meinungsbildung einsetzen,
- keine verschwörungstheoretischen Positionen verbreiten und keine wissenschaftlichen Erkenntnisse diskreditieren,
- keine europafeindlichen Bestrebungen verfolgen.

Hierzu zählen für uns auch die Fraktionen, denen sich diese Parteien auf der europäischen Ebene anschließen. Daraus ergibt sich für uns als Wirtschaftsvereinigung Stahl, fortlaufend zu überprüfen,

- bei welchen Vereinigungen eine Mitgliedschaft besteht oder angestrebt wird,
- mit welchen Medien- und Kampagnenpartnern zusammengearbeitet wird und
- welche Kooperationen oder Allianzen bestehen oder neu eingegangen werden.

Wir setzen uns in der täglichen Arbeit, in der öffentlichen Kommunikation und im politischen Dialog aktiv ein für:

- ein offenes, friedvolles und gleichberechtigtes Miteinander.
- eine aktive Teilnahme an Wahlen – von der Kommunal- über die Landtags- und Bundestagswahl bis hin zur Europawahl. Jede Stimme für demokratische Parteien zählt!
- ein klares JA zur physischen wie digitalen Teilnahme an regionalen, nationalen und internationalen Kampagnen, Aktionen und Aufrufen, die sich für ein demokratisches Miteinander aussprechen.
- ein klares JA zu evidenz- und wissenschaftsbasierter Kommunikation. Wir setzen uns mit Daten und Fakten für die Interessen der Stahlindustrie in Deutschland ein und treten damit Desinformation entgegen, die den öffentlichen und politischen Diskurs verfälscht.
- ein klares NEIN gegenüber allen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage stellen und rassistisch, menschenfeindlich oder antieuropäisch agieren!

Ihre Ansprechpartner
Felix Theuerkauf | Fachgebietsleiter Geschäftsführungsbüro & Public Affairs
felix.theuerkauf@wvstahl.de

Florian Zweifel | Senior Advisor European Affairs
florian.zweifel@wvstahl.de